

Verantwortungslose CDU-Politik

Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Die CDU-Mehrheit im Hamburger Senat hat unbeschadet von parlamentarischer und außerparlamentarischer Kritik den Doppelhaushalt für die Jahre 2007 und 2008 beschlossen. Wichtigstes Argument der CDU-Vertreter: Fortsetzung der »verantwortungsvollen Finanzpolitik« der vergangenen Jahre. Verantwortungsvoller Umgang mit den öffentlichen Finanzen heißt: Kürzungen der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung, Verkauf der öffentlichen Unternehmen und Immobilien und Umschichtung von Ressourcen in so genannte Prestige- oder Leuchtturmprojekte. Dieser Kurs hat Teile der Hamburger Wirtschaft zweifelsohne gefördert. Aber weit mehr als von der Wirtschaftspolitik profitierte die städtische Ökonomie vom aktuellen Konjunkturaufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr deutlich zu legen (+ 2,5 %) und in der Folge haben die sozialversicherungspflichtigen Jobs um knapp 17.000 zugenommen und die seit Jahren drückende Arbeitslosigkeit ist auf 87.900 zurückgegangen.

Für die CDU gilt seit langem das Prinzip »Frechheit siegt« und so wird die Besserung auf dem Arbeitsmarkt umstandslos als Ergebnis der »verantwortungsvollen Finanzpolitik« ausgewiesen. Senator Uldall. »Unsere Umwandlung der Arbeitsmarktmittel kommt nun voll zum tragen: Weg von der Endlosschleife der Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose, hinzu Investitionen in mehr Arbeitsplätze.« Diese Rechtfertigung der fast vollständigen Liquidierung von Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung offenbart ein Ausmaß an mit politischem Zynismus gepaarter Verantwortungslosigkeit, das die Stadt bisher noch nicht erlebt hat.

Selbst die bürgerliche Presse bescheinigte dem CDU-Senat einen beschleunigten Ausverkauf des öffentlichen Eigentums, einen massiven Verfall der öffentlichen Infrastruktur und eine bedrohliche Zunahme der Armut, vor allem für kinderreiche Familien. Die öffentlichen Klagen über die soziale Spaltung konnten die Christdemokraten nicht länger ignorieren. Bürgermeister von Beust räumte ein: »Es gibt drei bis fünf Stadtteile, die bereits gekippt sind, und genauso viele, die drohen zu kippen.« Mit anderen Worten: Ein Viertel aller Hamburger Stadtteile ist von den Logik der Reichen mit ihrer Parole der »wachsenden Stadt« vollständig abgekoppelt. Das Gefälle zwischen den Wohlstandsoasen und den sozialen Brennpunkten wird selbst zum ökonomischen Negativfaktor, weshalb die Wirtschaft auf Gegenmaßnahmen drängt.

Der CDU-Senat zieht daher ein Konzept »lebenswerte Stadt Hamburg« aus der Schublade und will die nächsten fünf Jahre mit jeweils rund 20 Millionen Euro die Armut verstecken und sozial einhegen. Quartiersoffensive heißt demgemäß: mit ein wenig Sondermitteln die vorschulische und schulische Bildung fördern, Nachbarschaftszentren und Kommunikationsräume schaffen und nicht zuletzt den von Armut betroffenen Kindern eine warme Mahlzeit sichern. Wie unernst es dem Senat gleichwohl mit der Armutsbekämpfung ist, wird an der Tatsache deutlich, dass er zwei Wochen nach Bekanntgabe des Stadtteils Sonderprogramms die Gebühren für die Übernachtung in Obdachlosenasylen um 12% angehoben hat. Begründung: Die Betroffenen sollen angespornt werden, sich aktiver um feste Wohnungen zu bemühen. »Auf so eine argumentative Hilfskonstruktion muss man angesichts der prekären Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt erst einmal kommen«, empört sich sogar »Die Welt«.

Welch christlich inspirierter Geist hinter dieser Politik steckt, wird an der Reaktion des Bürgermeisters auf die Senatskritik der SPD sichtbar: »Ihnen quillt ja die Menschlichkeit aus den Kopflöchern.« In der Tat geht es dem CDU-Senat nicht darum, die Stadt für alle lebenswert zu gestalten, sondern die politisch erzeugte Armut beherrschbar zu halten.

Das 100 Millionen Sofortprogramm zur sozialen Stadteentwicklung stellt deshalb keinen Kurswechsel dar, sondern ist eine kleine begleitende Reparaturmaßnahme, um die bisherige Konzeption weiter durchsetzen zu können. Für die nächsten beiden Jahre, für die der Doppelhaushalt aufgestellt wurde, heißt das:

- Die Steuermehreinnahmen (500 Millionen im Jahr 2006, 300 Million 2007) gehen in die Leuchtturmprojekte und die Schuldentilgung. Allein für den Bau der Elb-Philharmonie sind 60 Millionen Euro Aufstockung vorgesehen, also das Finanzvolumen von drei Jahren Soforthilfe zur Stadteentwicklung.
- Die Anteile der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG werden verkauft, unbeschadet der Negativerfahrungen mit anderen Privatisierungen
- Die christliche Bürgerschaftsmehrheit hat die Freigabe der Ladenöffnungszeiten beschlossen

Es bleibt also insgesamt bei der Politik sozialer Spaltung. Gerade angesichts der konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen hätte der Senat auch wirksame Maßnahme zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der sozial benachteiligten Bürger durchsetzen können:

- Einführung eines Sozialticket,
- Gebührenfreies Übernachten in Obdachlosenasylen,
- Öffentlich geförderte Beschäftigung,
- Ausweitung der Angebote für Qualifizierung,
- dauerhafte Verbesserungen im Bildungsbereich.